

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1921**

220 (21.9.1921)

# Volksfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger zugestellt 5.50 M mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 5.50 M; in der Geschäftsstelle und bei unseren Karlsruher Abzügen abgeholt 5 M monatlich. — Einzelheft 25 Pf. Ausgabe: Werktags mittags, Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die einseitige Kolonelle 1.20 M. Die Restamege 3.50 M; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmeschluss 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

### Vom sozialdemokratischen Parteitag

WZS. Götting, 20. Sept. Der sozialdemokratische Parteitag nahm einen Antrag betreffend die Bildung einer einheitlichen proletarischen Partei an. Alle weiteren Anträge, die sich auf die Bereinigung mit der U.S.P. beziehen, sind damit erledigt. Angenommen wurde auch ein Antrag, der das Schreiben über parteiliche Fragen in bürgerlichen Blättern verbietet. Der Antrag Loche auf Schaffung eines republikanischen Wählens wurde angenommen. Abgelehnt wurde mit großer Mehrheit ein Antrag, wonach zur Partei nicht gehören kann, wer Mitglied eines Krieger- oder Militärvereins ist. Darauf erhaltete Abg. Koch den Bericht der Reichstagsfraktion.

Berlin, 20. Sept. Wie die Blätter melden, hat der frühere Reichskanzler Hermann Müller auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Götting eine Entschärfung eingebracht, die die Frage der Außenpolitik behandelt. Es heißt darin: Die wirtschaftlichen und finanziellen Bestimmungen des Versailles-Vertrages haben die Wiederkehr normaler weltwirtschaftlicher Beziehungen verhindert. Die Gesundung der europäischen Wirtschaft hat die Mitarbeit der aufbaubereiten Kräfte aller Länder zur Voraussetzung. Die deutsche Sozialdemokratie hat alles getan, um einen beschleunigten Wiederaufbau der zerstörten Gebiete und die Revision des Versailles-Vertrages zu fördern. Die deutsche Volkspartei hat durch den Vertrag auferlegten Gesamtschulden auf die Dauer untragbar. Die Schäden des Weltkrieges können nicht von einem Volk allein repariert werden.

Die Lage der Arbeiterklassen in allen Ländern der Welt fordert gebieterisch die Revision des Versailles-Vertrages. Eine schleunige Entscheidung über das für Deutschland lebenswichtige oberste Gebot ist erforderlich. Ferner müsse die sofortige Aufhebung der dem Versailles-Vertrag widersprechenden militärischen und wirtschaftlichen Sanktionen gefordert werden. (Näherer Bericht auf Seite 3.)

### Der zukünftige bayerische Ministerpräsident

Der Kandidat der Bayerischen Volkspartei — Ausschleiden der Deutsch-Nationalen

München, 20. Sept. (Privattelegr.) Die Bayerische Volkspartei hat in ihrer heutigen Sitzung zum Ministerpräsidenten Herrn Spingl nominiert. Spingl ist Staatssekretär im Reichspostministerium, Abteilung Bayern. Er war früher Oberpostdirektor in Landshut, dann in bayerischen Verkehrsministerium, Oberregierungsrat und Personalreferent.

Als hat die Bayerische Volkspartei wieder auf einen Beamten, der im Verkehrsministerium längere Zeit befehligt war, sich geeinigt. Morgen nachmittag dürfte er nach Beratung mit den einzelnen Koalitionsparteien die Minister ernennen, nachdem er selber formal vom Landtag gewählt ist. Mit dem Ausschleiden der Deutsch-Nationalen aus der Koalition dürfte wohl zu rechnen sein.

### Aufgehobenes Zeitungsverbot

WZS. Freiburg i. B., 20. Sept. Dem Verlag der „Freisauer Zeitung“ ist heute ein Telegramm zugegangen, wodurch das Verbot des Erscheinens durch Beschluß des Beschwerdeausschusses des Reichsministers des Innern aufgehoben ist. Das Blatt erscheint also von morgen ab wieder.

### Heranziehung der Sachwerte

WZS. Berlin, 20. Sept. Der vom Reparationsausschuß zur Beratung des Antrages Wiffel (Heranziehung der Sachwerte für die Reparationen) eingeleitete neungliederige Arbeitsausschuß hat sich in mehreren Sitzungen mit dem Angebot der Industrie beschäftigt, dem Reich durch Inanspruchnahme eines langfristigen Kollektivkredits die Mittel zur Erfüllung der auswärtigen Verpflichtungen für die nächsten Jahre zur Verfügung zu stellen. In erster Lesung wurde ein vom Referenten Dr. Wachenburg ausgearbeiteter Plan zu einer Kreditorganisation genehmigt, der eine Zusammenfassung der Gewerbe- und der Land- und Forstwirtschaft in Angliederung an die Berufsvereinigungen vorliegt. Als Kreditgrundlage ist die Forderung der einzelnen Mitglieder gegenüber der gesamten Organisation gedacht. Die Forderung ist auf bestimmte Summen für jedes einzelne Mitglied beschränkt, steht aber in gewissen Grenzen eine Forderung jeden Mitglieds für den Ausfall innerhalb dieser Gruppe vor. Die Mitglieder sind berechtigt, diejenigen Beiträge, die sie für die Amortisation, Zinsen und Kosten aufwenden, von einem bestimmten Zeitpunkt ab mit dem Reich auf bestimmte Steuern zu verrechnen.

### Ermittelungen zum Attentat auf Stresmann

WZS. Lüdenscheid, 20. Sept. Die weiteren Ermittlungen über den Attentatsversuch gegen Dr. Stresmann haben ergeben, daß zwei Schüsse abgegeben worden sind; zwei Kugeln sind aufgefunden worden. Auch die Einschläge sind festgestellt worden. Die Attentäter dieses Attentats, um ein solches handelt es sich zweifellos, konnten noch nicht ermittelt werden.

### Antisemitische Kundgebungen in Budapest

WZS. Budapest, 20. Sept. Während des gestrigen Tages haben in verschiedenen Teilen der Stadt antisemitische Ausschreitungen stattgefunden. Die Gäste wurden aus den Kaffeehäusern auf die Straße geworfen und mißhandelt. Vor der Redaktion der sozialdemokratischen Zeitung „Kisakadémia“ kam es zu großen Exzessen, denen die Polizei erst ein Ende machen mußte. 40 Verhaftungen wurden vorgenommen. In den Abendstunden kam es am deutschen Platz zu Prügeleien, wobei eine ganze Reihe von Personen verhaftet wurden.

### Schwere Explosionskatastrophe in den Anilinwerken in Ludwigshafen

Manheim, 21. Sept. (Privattelegr.) In den Oppauer Werken der badischen Anilin- und Sodafabrik flog heute morgen zwischen 1/2 und 3/4 Uhr ein Bomben in die Luft. Zwei andere Bomben sollen mitexplosiert sein. Die Beschädigungen auf pfälzischer und badischer Seite sind gewaltig. Es wurde auf der badischen Seite in Sandhofen ein großer Teil der Dächer abgedeckt. In Manheim-Baldhof, in Mannheim selbst, in den Gasenanlagen wie in der Stadt Ludwigshafen sind viele Zerstörungen zu beobachten. Die Zahl der in den Krankenhäusern der beiden Städte untergebrachten Verletzten ist bedeutend. Die Zahl der Toten ist noch nicht bekannt. Eine genaue Uebersicht über die Größe des Unglücks ist zur Stunde noch nicht möglich.

### Verhaftungen in der Erzberger-Mordfahne

WZS. Frankfurt a. M., 20. Sept. (Drahtbericht.) Unter dem dringenden Verdacht der Mithaterschaft an der Ermordung Erzbergers wurde der Rechtsanwalt Dr. Wilhelm Heinz hier verhaftet und der Staatsanwaltschaft in Offenburg zugeführt. Der Verhaftete leugnet ganz entschieden, mit der Tat etwas zu tun zu haben oder auch nur eine Ahnung von dem bestehenden Mord der Ermordung gehabt zu haben. Soweit in Frankfurt bekannt ist, liegt weiter nichts vor, als daß der nach der Ermordung Erzbergers verhaftete von Anillinger-Künzchen am Sonntag vor acht Tagen in Frankfurt bei Heinz zu Besuch war.

### Gegen die Schulpolitik der Saar-Regierung

Saarbrücken, 18. Sept. Die Lehrergruppe der sozialdemokratischen Partei des Saargebietes protestiert in einem Aufruf u. a. gegen die Schulpolitik der Saarregierung, als deren Ziele bezeichnet werden: Unterstellung der Schule unter den kirchlichen Einfluß, einseitige Ausnützung des Schulunterrichts für Zwecke der christlichen Konfessionen, Verzicht der Geistlichkeit über die Lehrerschaft. Weiter heißt es, daß Lehrer und Lehrerinnen, die sich dem reaktionären Geiste an der Saar nicht unterwerfen, Gefahr laufen, schikaniert oder verhaftet zu werden, da man Glaubens- und Gewissensfreiheit nur so weit kennen, als es sich um kirchentreue handelt. Im Kampf um die weltliche Schule werden weitere Schritte angekündigt.

### Eisenbahnerstreik in Oesterreich

WZS. Wien, 21. Sept. Auf der Süd- und auf der Ostbahn ist gestern ein Streik ausgedroht, weil die Forderung der Auszahlung einer Feuererhöhung von 4500 Kronen noch nicht bewilligt wurde.

### Kundgebungen gegen die Börsenspekulanten

WZS. Wien, 21. Sept. Vor der Börse kam es gestern zu großen Demonstrationen gegen die Valutaspekulanten. Mehrere hundert gewaltige Arbeiter sammelten sich vor der Börse an und demonstrierten in lauter und lärmender Weise gegen die Valutaspekulanten. Zahlreiche Börsenbesucher wurden beschimpft und blutiggeschlagen. Die Polizei sperrte die Zugänge zur Börse ab. In den umliegenden Straßen kam es fortgesetzt zu aufregenden Zwischenfällen. Eine Abordnung der Demonstranten begab sich zum Polizeipräsidenten und verlangte härteste Maßnahmen gegen die Valutaspekulanten, denen die Schuld an der Teuerung zugeschrieben ist. Erst gegen 2 Uhr konnte die Ruhe wieder hergestellt werden.

Eine Abordnung der Demonstranten begab sich zur Polizeidirektion, wo ihr erklärt wurde, daß allen Ungehörlichkeiten im Spekulantentum entgegengetreten werden würde. Gestern seien bereits 31 Wirtshäuser verhaftet worden. Die Abordnung beruhigte darauf die Volksmenge.

### Der Papst für gottgewollte Klassenordnung

WZS. Rom 20. Sept. Der Papst empfing 3000 Katholiken aus aller Welt, darunter auch aus Deutschland, die hier zur Teilnahme an dem internationalen Kongreß des dritten Ordens des heiligen Franziskus eingetroffen waren. Er hielt eine Rede, in der er den Geist der Liebe und des Friedens des heiligen Franziskus pries, der den Kongreß befehlet habe. Der Papst betonte die Streitigkeiten, die sich zwischen den Brüdern erhoben hätten, die sich gegenseitig zerrißen und tödeten. Das gehe gegen die Zivilisation und leide sich aus der Tatsache her, daß die Menschen die gottgewollte Klassenordnung nicht anerkennen wollten. Dem Papst wurden lebhafteste Jubelungen dargebracht. (Der Standpunkt des Papstes ist reichlich rüchlos. Man kann doch heutzutage nicht mehr die „gottgewollte Klassenordnung“ predigen, wo sich von Tag zu Tag mehr zeigt, daß der Klassenstaat bankrott ist. D. Red.)

### Arbeitslosenbewegungen in England

WZS. Rotterdam, 20. Sept. Täglich finden in London und anderen Städten Aufsammlungen von Arbeitslosen und Kundgebungen statt. Die Erbitterung ist in hohem Maße begriffen. Von vielen Seiten wird betont, daß nur die Dehung der deutschen Mark, die die Industrie wieder konkurrenzfähig machen könne, eine Besserung bringen würde.

### Die Insel Yap

WZS. London, 20. Sept. Wie die „Daily Mail“ meldet, haben die amerikanische und die japanische Regierung ein vorläufiges Abkommen geschlossen, nach dem Japan im Besitz der Insel Yap bleiben wird, die Vereinigten Staaten aber für ihre Kabelanschlüsse Zugang zu der Insel haben sollen.

### Wirtschaftspolitische Rundschau

Schwere Finanzsorgen — Das Anwachsen der Reparationsleistungen — Export und innerer Markt unter dem Einfluß der Geldentwertung — Steigerung der Industriekosten — Lohnkämpfe und Preissteigerung

Das lebhafteste Interesse wendet sich in den letzten Wochen der sprunghaft fortschreitenden Entwertung der Mark zu. In einem verhältnismäßig kurzen Zeitraum sind wir wieder auf den niedrigen Stand der Mark gekommen, den sie niemals im Vergleich zum Dollar erlangt hat. Bei einem Kurs von 102 und 103 M für den Dollar ist die Entwertung der Mark wiederum auf annähernd 4 Pfennig angelangt. Der Stand der übrigen Zahlungsmittel ist von der Entwicklung des Dollarkurses mitgerissen, wenn auch nicht in dem Umfange, wie ihn der Dollar zum Ausdruck bringt.

Was bedeutet diese Schwächung unserer Zahlungsmittel? Vorübergehend für die Industrie eine günstige Chance der Ausfuhr und damit eine Belebung in der Erteilung von Aufträgen. Von demjenigen, der die Folgen dieser Entwertung in ihrem weiteren Ausmaß beurteilt, wird diese Erscheinung nicht mit Freude begrüßt. Im Ausland wird die Konfurrenz der deutschen Industrie mit steigendem Unmut wahrgenommen. Es mehren sich bereits wieder die Abwehrmaßnahmen, um der Überflutung mit deutschen Waren Einhalt zu gebieten. Der Gewinn, in Augenblick von der Entwertung unseres Geldes einen Vorteil zu haben, ist ein höchst trügerischer, er wird uns in kommenden Zeiten eine Erschwerung unseres Handelsverkehrs einbringen. Eine Rückwärtsbewegung der einmal getroffenen Maßnahmen auf handelspolitischem Gebiet ist in der Regel sehr schwer zu erlangen, und somit steht uns nach Abschluß jener künstlichen Periode eines Außenhandelsaufschwungs nur eine um so härtere Drosselung unseres Verkehrs bevor, die noch fühlbarer wird, wenn der Dollarkurs wieder abwärts geht.

Selbst wir den Ursachen dieser wilden Spekulation an der Börse nach, so wäre es verfehlt, das Abwärtsgehen der Mark rein auf Börsenmanipulationen zurückzuführen. Börsenmanipulationen haben in der Regel, wie auch hier, eine gewisse reale Unterlage. Unkreditbar haben die enormen Reparationsleistungen, die uns zuzwangen, innerhalb eines kurzen Zeitraums 1 Milliarde in Gold aufzubringen, davon einen erheblichen Teil in Dollarswerten, dazu beigetragen, die Unsicherheit in unserer Währung zu steigern. Es ist ganz natürlich, daß in dem Augenblick, wo eine große Nachfrage nach Dollarwerten getätigt wird, der Kurs des Dollars in die Höhe gehen muß. In solcher Situation legt die Spekulation ein und erhofft von der Aufnahme größerer Dollarbestände ein weiteres Hinabsinken der Mark und damit einen Gewinn aus ihren Transaktionen. Dazu kommt, daß diejenigen, die ausländische Zahlungsmittel im Besitz haben, sei es in Wechseln oder anderer Form, in der Abgabe zurückhalten. Das unglaublich Trügerische der Entente, bei den Reparationsleistungen die Zahlung in Dollarwerten zu fordern, wird an ihnen selbst zum Verderben. Die amerikanischen Finanzkreise sind durchaus nicht erbaut von der fortgesetzt steigenden Wertung des Dollars und ebensowenig empfinden die anderen Handelsnationen den höheren Kurs ihrer Zahlungsmittel als eine Förderung ihrer wirtschaftlichen Interessen. Schon machen sich in den Ländern, die so eigenartig es klingen mag, unter der hohen Wertung ihrer Zahlungsmittel zu leiden haben, lebhafteste Bestrebungen geltend, um das Unheil dieses Zustandes zu beseitigen. Es ist indes eingelen wird, im Hinblick auf diese Vorgänge die politischen Kreise in den Ententeländern bald zur Einsicht zu bewegen, kleid dabeingestellt. Mindestens dürfte für Frankreich eine Entzehr zur ruhigen Würdigung der deutschen Finanzlage wenig hoffnungsvoll sein.

Wenn der deutsche Handel, wie dargelegt, vorübergehend aus dieser Entwertung der Mark seine Vorteile zieht, so ist die Rückwirkung auf die Finanzlage des Reiches geradezu verberend. Vergewaltigen wir uns, daß die Reparationsleistungen ungefähr eine Zahlung von 3,5 Milliarden Gold jährlich verlangen, so würde das bei einem Stand des Dollars von 100 M den 23,8-fachen Betrag in Papiermark erfordern, das ergibt in Papier 83,3 Milliarden. Mit jeder Entwertung unserer Mark steigt rapide die Leistung, die wir der Entente gegenüber zu erfüllen haben, da wir nur in Papiermark zahlen können. Als der Reichskanzler dem Reichstag eine Uebersicht über die Finanzlage gab, multiplizierte er die 3,5 Milliarden Goldmark, die wir für die Entente aufzubringen haben, mit 10, d. h. er kam zu 35 Milliarden jährlicher Leistung. Schon damals war dieser Multiplikator zu klein und es wurde mit Recht darauf hingewiesen, daß diese Berechnung einen großen Fehler enthalte. Zumerwähnt konnte man damals noch nicht mit der Belastung rechnen, die eintraten muß, wenn der Dollarland sich auf der Höhe erhält wie gegenwärtig. Unter diesen Umständen wird die Reparationsleistung unerträglich, denn eine derartige Belastung kann unsere Volkswirtschaft nicht aushalten.

Mit der Entwertung der Mark geht der Kurs der Wertpapiere sprunghaft in die Höhe. In den letzten drei Monaten sind die Kurse für Industriepapiere durchweg um 100 Proz. hinaufgeschossen und Kurssteigerungen von 4-500 gehören zu seltenen Seltenheiten. Die Mark drängt in die Anlage von Vermögenswerten der Industrie; es will der Besitzer von flüssigen Geldmitteln sich dadurch gegen die Entwertung seines Vermögens schützen, daß er in dem Ankauf von Industriewerten Deckung sucht. Natürlich ist diese Spekulation nicht in allen Fällen eine sichere, denn die Voraussetzung der Sicherheit wäre, daß die industriellen Unternehmungen durch die Ausschüttung der Dividenden bis zu einer gewissen Höhe eine Verzinsung der hinsichtlich gestiegenen Werte sichern. Bieten die Unternehmungen diese Zinsgarantie nicht mehr, so fällt die Spekulation in sich zusammen und es ist auch auf diesem Wege kein Schutz gegen die Entwertung des Vermögens an Vermitteln zu erlangen. Vorläufig sind aber die Vermögen der Aktiengesellschaften, sei es in Grundbesitz oder Produktionsmitteln, noch ein so starkes Rückgrat, daß die Kursentwicklung nach aufwärts mit der Entwertung der

Markt in eine bestimmte Verbindung gebracht werden kann. Be- nachteiligt bei dieser Transaktion sind nur diejenigen, die ihr er- pariertes Geld nicht in diese Spekulationsstrecke hineingeben wollen, sondern sich vorsichtig auf festverzinsliche Werte legen. Sie nehmen an der Umgestaltung des Reiches nicht teil.

Unsere Gesamtwirtschaftstage beruht in eine künstliche So- zialspannung, die leicht zu einer gefährlichen Entladung führen kann. Die entwertete Mark hebt den Export, steigert die Nach- frage auf dem Inlandmarkt, da jeder bemüht ist, die allge- meine Preissteigerung weitere Fortschritte macht, noch vorteilhaft einzukaufen, aber wir werden am Ende dieser Periode in einen Stillstand und eine Geschäftshandlung hineingeraten, die das ganze Wirtschaftsgetriebe erschüttern muß. Wir werden ein Gefühl der Unsicherheit nicht los, zumal der Weltmarkt noch immer aus seiner Stagnation nicht herausgekommen ist.

Für unsere weitere wirtschaftliche Entwicklung fragt es sich, ob wir bei der allgemeinen Preissteigerung für alle Waren an einer schweren Erschütterung durch große Lohnkämpfe glücklich vorüberkommen. Unser schwaches Wirtschaftsgebilde würde große Lohnkämpfe nur schwer ertragen können. Wir begrüßen es des- halb, daß es gelungen ist, mit den Vergarbeitern ein Abkommen zu vereinbaren, das vom Standpunkte der Arbeiter vielleicht nicht voll befriedigt, aber im Allgemeininteresse von großem Vorteil ist. Die Lohnbewegung, und das ist der Fortschritt, der sich uns offenbart, beginnt sich anders abzuspielen als ehemals. Heute be- müht sich die Regierung, Unternehmer und Arbeiter zu einem Lohnabkommen zu vereinigen, um schwere wirtschaftliche Kämpfe abzuwenden. Allerdings tauchen dabei auch andere schwierige verantwortungsvolle Fragen auf. Die Regierung wird gezwungen, die Erhöhung der Lohnpreise zu genehmigen, und damit trägt sie die Verantwortung für die Inflation, die eine Preis- erhöhung von 21-33 % für die gesamte Nation auf die Preisbil- dung der Produkte ausübt, die zur Herstellung den Verbrauch von Rohstoffen erfordern. Die Gestaltung unserer Wirtschaft wird von immer größerer Bedeutung, und sie beruht in hohem Maße auf der gesamten politischen inneren Leben. Keine Regierung, die sich ihrer Verantwortung gegenüber den allgemeinen Volksinteressen voll bewußt ist, kann die Führung der Wirtschaft dem Zufall noch den mächtigen Organisationen des Wirtschaftslebens allein überlassen.

### Eine Offiziersklage

Unter der Auflage der Beleidigung des Offizierskorps stand der Schriftsteller Dr. Kurt Tucholski vor der Ferienstrafkammer des Berliner Landgerichts I. Verhandlungsgegenstand war ein von dem Angeklagten unter dem Schriftstellernamen Ignaz Wrobel in der „Freiheit“ vom 20. August 1920 veröffentlichter Artikel „Offiziere“. Dieser charakterisierte die Fähigkeiten und Leistungen der ins Zivilleben sich hineinretirenden kaiserlichen Offiziere und kam zu dem treffenden Schluß:

„Das deutsche Offizierskorps hat im Kriege seine Pflicht nicht erfüllt. Das deutsche Offizierskorps setzt sich aus kultur- feindlichen Schlingen zusammen, die um ihres Kostens willen bereit sind, jede Verleumdung in Kauf zu nehmen. Der Geist des deutschen Offizierskorps taugt nichts. Ein ständig wachsender Teil der Nation lehnt diesen Anseh und seine Träger ab. Wir brauchen sie nicht mehr.“

Genosse Dr. Oskar Cohn, der neben dem Rechtsanwalt Hubert die Verteidigung innehatte, verlangte eine Anstufung darüber, wer eigentlich im Namen des Reichswehrministers Strafantrag gestellt habe. Es bestreite die Möglichkeit, daß dieses von einer untergeordneten Stelle ohne Zustimmung des politisch verantwortlichen Reichswehrministers geschähe sei. Der Vor- sitzende teilte mit, daß der Strafantrag auf einem Briefbogen des Reichswehrministeriums eingereicht und von einem gewissen v. Feldmann i. S. unterzeichnet sei.

Genosse Dr. Cohn wies darauf hin, daß es notwendig sei, festzustellen, ob dieser Herr Feldmann überhaupt befugt war, Strafantrag zu stellen. Die Stellung eines Strafantrages sei in dem vorliegenden Falle eine politische Handlung und nicht eine Frage der Befehlsgewalt.

Das Gericht beschloß gegen den Widerspruch des Angeklag- ten Vertagung des Prozesses. Das ist recht bedauerlich, denn diese Verhandlung hätte so recht zu dem Geiste der letzten Tage gepaßt! Der absolut unfähige Reichswehrminister hatte offen- bar gar keine Ahnung von diesem Strafantrag!

### Soziale Rundschau

#### Tagung der Geschäftsführer badischer Orts- krankenkassen

In Konstanz tagten die Landesgeschäftsführer der Orts- krankenkassen Badens. Anwesend waren 100 Geschäftsführer. Es wurde u. a. über die Familienhilfe und über das neue Wo- chenfürsorgegesetz verhandelt. Die Krankenkassen sind wie die Aussprache ergab, bestrebt, Familienhilfe bis zur gesetzlichen

### Eckehard

Eine Geschichte aus dem zehnten Jahrhundert von Joseph Victor von Schffel (Fortsetzung.)

Nach der irische Gallus hatte einen löblichen Pfah erwählt, da er, nach Baldulf hierin, in helvetischer Gegend sich festsetzte; ein hochgelegenes Tal, durch dunkle Bergrücken von den milderen Gebirgen des Sees getrennt, feine Regenfälle trafen dort über, und die riefigen Bünde des Alpines, dessen Spigen mit ewigem Schnee umhüllt im Gewölbe verschwinden, erheben sich als schirmende Mauer zur Seite.

Es war ein sonderbarer Zug, den jene Glaubensboten von Albion und Erin aufs germanische Festland führten. Genau be- sehen ist ihnen kaum zu altem hohem Verdienst anzurechnen. Die Gewohnheit, in die Fremde zu ziehen, ist den Briten so in die Natur gewachsen, daß sie nicht anders können. Ichrieb schon in Karls des Großen Tagen ein unbefangener schwäbischer Mann. Sie kamen als Vorfahren der heutigen Konraden, man kann sie schon von weitem am fremdartig zugehauenen Helleisen. Und ein anderer blieb hängen und ging nimmer heim, wiewohl die erbsamen Landesbewohner ihn für sehr unnützlich hielten mochten. Aber die größere Fähigkeit, das Erbteil des britischen Wesens, lebensgewandte Kunst, sich einzurichten, und beim Volk die my- stische Ehrfurcht vor dem Fremden gab ihren Bestrebungen im Dienst der Kirche Bestand.

Andere Zeiten, andere Tüder! Heute bauen die Enkel jener Heiligen den Schweigern für gutes eidgenössisches Geld die Eisenbahn.

Aus der schmudlosen Felle an der Steinach, wo der irische Eintriel seine Abenteuer mit Dornen, Wägen und gepenigen Wasserweibern bestand, war ein umfangreiches Kloster emporge- wachsen. Stattlich ragte der achteckige Turm der Kirche aus schindelgedeckten Dächern der Wohngebäude; Schulhäuser und Kornspeicher, Kellerei und Scheunen waren daran gebaut, auch ein klapperndes Mühlrad ließ sich hören, denn aller Bedarf zum Lebensunterhalt muß in des Klosters nächster Nähe bereitet wer- den, auf daß es den Mönchen nicht notwendig falle, in die Ferne zu reisen, was ihrem Seelenheil unbedenklich. Eine feste Ring- mauer mit Turm und Tor umschloß das Ganze, minder des

Regelung der Klassenfakung möglichst überall einzuführen. Be- züglich des neuen Wochenfürsorgegesetzes wurde bedauert, daß bei den Gesetzgebern die alten Mängel wieder erscheinen. Auch wurde über das neue Invalidenversicherungsgesetz und das Ab- rechnungsverfahren beraten.

### 15. Generalversammlung der Metallarbeiter

k. Jena, 17. September 1921.

#### 6. Verhandlungstag

Zu Beginn der heutigen Sitzung wurde das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Antrag der Kommunisten bezgl. der Ruffenhilfe bekannt gegeben. Der Antrag ist mit 645 gegen 114 Stimmen abgelehnt worden; 21 Delegierte hielten sich der Stimme enthalten.

#### Statutenberatung

Bei der Festlegung der Beiträge gab es eine längere Auseinandersetzung. Bei der Abstimmung wurde den Vor- schlägen der Kommission zugestimmt. Die wöchentlichen Bei- träge betragen nunmehr in der 1. Klasse 4 M. (bisher 3 M.), in der 2. Klasse 2.50 M. (bisher 1.70 M.). Die Klasse 3 bleibt mit 70 % Beitrag für Lehrlinge, sowie für jugendliche Mitglieder bis zu 16 Jahren.

Zu den festgesetzten Beiträgen kommen noch die Lokalaus- schläge. Für Lehrlinge dürfen jedoch keine Lokalausläge er- hoben werden. Die Unterhaltungsbeiträge wurden entsprechend der Beitrags- erhöhung erhöht. Die Erwerbslosenunterstützung beträgt je nach der Dauer der Mitgliedschaft in der 1. Klasse 3.40 bis 4.20 M., in der 2. Klasse 2.50 bis 3.20 M. täglich.

Die Gewerkschaften und Streikunterstützung wurde festge- setzt in der 1. Klasse 15 M., 2. Klasse 10 M., 3. Klasse 5 M. pro Tag. Die Sätze für Ehefrauen und Kinder wurden vergrößert. Zu den Bestimmungen über den Ausschluß von Mitgliedern lagen Anträge vor, daß im Statut gesagt wird: Ein Ausschluß von Mitgliedern darf aus Gründen der politischen Anschauung nicht erfolgen. Die Kommission beantragte die Ablehnung der Anträge mit der Begründung, daß eine Ausschließung aus politi- schen Gründen nicht erfolge.

Walder-Berlin von der SPD. trat für die Anträge ein. Ge- gen die kommunistischen Stimmen wurden die Anträge abge- lehnt und damit der Begründung der Kommission zugestimmt. Ohne Debatte stimmte der Verbandstag einem von der SPD-Fraktion eingebrachten Protest gegen die Übergriffe der Besatzungsbehörden im besetzten Gebiet zu.

#### Nachmittagsitzung

In der Nachmittagsitzung erhaltete die Rechnungskommission Bericht über die Neuregelung der Gehälter für die Ange- stellten des Verbandes. Nach dem Vorschlag der Kommission sollen die Angestellten in elf Klassen eingeteilt werden. Diese Vorschläge, die von der Kommission einstimmig gemacht worden sind, riefen eine lebhafte Auseinandersetzung hervor. Sowohl die Höhe der Sätze wie besonders die große Zahl der Klassen wurde bekämpft. Mit großer Mehrheit wurde die Sache noch- mals an die Kommission zurückerwiesen.

Am 4 Uhr wurden die Verhandlungen abgebrochen und auf 7 Uhr vertagt, da die Fraktionen Sitzungen abhalten.

Die Fraktionsvorstände der SPD und USR haben im Laufe des Tages eine gemeinsame Entschließung zum Geschäfts- bericht ausgearbeitet, die nun dem Verbandstag vorliegt. Diese Entschließung entspricht in ihrem weitesten Teil der Reso- lution der SPD. Aus der Resolution der USR wurden die zwei einleitenden Absätze über die Kennzeichnung der wirtschaf- tlichen Verhältnisse in den letzten Jahren übernommen.

In der Abenditzung, die sich bis nach 10 Uhr hinzog, wurden Beschwerverfälle behan- delt, die kein allgemeines Interesse haben.

Zu der gemeinschaftlichen Entschließung der SPD und USR zum Geschäftsbericht brachte die SPD-Fraktion Änder- ungsanträge ein. Sie beantragten verschiedene Streichungen und Ergänzungen. Unter anderem sollte eingefügt werden, daß der Verbandstag eine Beteiligung an den Arbeitsgemein- schaften ablehnt.

Dihmann erklärte sich gegen die Änderungsanträge. Es sei richtig, daß die gemeinsame Entsch- lung nicht das voll- endigte Ideal darstelle, sie solle eine Willensfundgebung des Verbandstages sein.

Die Änderungsanträge wurden hierauf gegen die Stim- men der SPD-Delegierten abgelehnt und die gemeinsame Reso- lution hierauf gegen die Stimmen der SPD-Delegierten an- genommen.

k. Jena, 18. September 1921. Am 7. Verhandlungstag

berichtet Schulze-Vierem für die Beschwerverkommission über den Ausschluß kommunistischer Mitglieder wegen der Teilnahme an der von der Gewerkschaftlichen Reichs- zentrale der SPD einberufenen Reichskonferenz. Mit 16 gegen 2 Stimmen hat die Kommission beschlossen, den Ausschluß gut- zusetzen, da die betreffenden sich beharrlich geweigert haben, den Anordnungen des Vorstandes Folge zu leisten. Der Bericht- erstatter teilte mit, daß auch der Verbandsausschuß in seiner Mehrheit seine Ansicht revidiert und sich der Auffassung des Vorstandes angeschlossen habe.

In der Aussprache wandte sich Malzahn-Berlin (SPD.), dem eine längere Redezeit gewährt wurde, scharf gegen die Ent- scheidung der Kommission.

Siedert-Stuttgart (SPD.) bertritt den Standpunkt der Min- derheit des Vorstandes.

Ganble-Stuttgart (Vorstandsmittgl.) rechtfertigte den Stand- punkt des Vorstandes.

Dann wurde die Debatte durch Anschlag geschlossen.

Nach einer längeren Geschäftsordnungsdebatte wurde der Antrag der Beschwerverkommission, die Ausschüsse zu befähigen, in namentlicher Abstimmung mit 525 gegen 209 Stimmen an- genommen. Damit hat der Verbandstag der Ansicht des Vor- standes zugestimmt.

Der Verbandstag nahm dann erneut Stellung zur Gehalts- frage. Die Kommission schlug nun vor, zwei Gehaltsstufen fest- zulegen, die eine für die Vorstandsmitglieder, Bezirksleiter und Angestellte im Hauptbüro die andere für die Angestellten in den Verwaltungsstellen. Diesen Vorschlägen stimmte der Verbands- tag nunmehr zu.

Um 12 Uhr trat die Mittagspause ein.

Die Nachmittagsitzung, der lange Fraktionsitzungen vorausgingen, wurde um 3/4 Uhr wieder eröffnet und die Statutenberatung fortgesetzt. Über die Zusammenfassung des Verbandes ist zwischen der SPD und USR nach langen Verhandlungen eine Verständigung erzielt worden.

Malzahn-Berlin verlangte für die kommunistische Fraktion die Wahl des Vorstandes nach dem Verhältniswahlsystem. Nummer-Offenbach erwiderte Malzahn, wenn er und seine Freunde in Stuttgart die geeignete Einsicht bewiesen hätten, dann wäre die Verhältniswahl im Verband in Stuttgart eingeführt worden. Redner trat allgemein für die Einführung der Verhältniswahl im Verband ein, die das gerechteste System und nur zum Vorteil der Organisation sei.

Die Einführung der Verhältniswahl wurde auch in der be- schränkten Form gegen eine starke Minderheit abgelehnt. Den Vorschlägen der Kommission über die Zusammenfassung des Vorstandes stimmte der Verbandstag mit großer Mehrheit zu.

Bei den Bestimmungen über die Generalversammlung wurde beschlossen, daß auf je 4000 (bisher 2000) 1 Delegierter kommt. Das bedeutet eine Beschränkung der Delegiertenzahl um die Hälfte.

Es wurde nun zur Wahl des Vorstandes, der Revisoren und der Ausschüsse

geschritten. Die Fraktionen der SPD und USR reichten hier- für eine gemeinsame Liste ein. Die Verständigung der beiden Fraktionen erfolgte für die Wahl zum Vorstand auf der Grund- lage von 6:5 der Redaktion 1:1 und der Vorsitzenden des Aus- schusses 1:1. Die SPD erhielt von den besoldeten und unbeso- ldeten Vorstandsmitgliedern je 6, die USR je 5 Sitze. Die kommu- nistische Fraktion verlangte zwei besoldete Vorstandsmitglieder und zwei Sitze von den unbesoldeten Vorstandsmitgliedern.

Die Wahl erfolgte geheim. Die Liste der SPD und USR wurde gewählt. Es erhielten Stimmen: als Vorsitzender Dis- mann 555, Reichel 544, Egert-Stuttgart 530, Brandes 481; als Kassierer Werner 608, Schäfer 548; als Sekretäre Hanke 558, Schlieffert 515, Aufe-Vielersfeld 530, Taft 555, Schott 533. Von diesen 11 besoldeten Vorstandsmitgliedern sind neun gewählt der Vorsitzende Egert und die Sekretäre Rute und Schott jäm- lich SPD. Die unbesoldeten Vorstandsmitglieder wurden ent- sprechend den vereinigten Vorschlägen gewählt. Als Revisoren wurden gewählt: Nummer-Offenbach (SPD) mit 551 und Haase-Stuttgart (USR) mit 509 Stimmen.

Damit waren die Arbeiten des Verbandstages beendet. Abends 8 1/2 Uhr wurde er von dem Vorsitzenden Böcker mit einer Schlussansprache geschlossen.

Der nächste Verbandstag findet 1923 in Kassel statt.

### Parteienoffen! Stärkt den Wahlfond!

Der nächste Verbandstag findet 1923 in Kassel statt.

Gerats als der Sicherheit halber, mahnen mancher Gewaltige im Land das Gebot: Daß dich nicht gelüsten deines Nachbarn Gut! dagamal nicht allgützreng einwie!

Es war Mittagszeit vorüber, schweigende Ruhe lag über dem Tal. Des heiligen Benedikt Regel ordnet für diese Stunde, daß ein jeder sich still auf seinem Lager halte, und wiewohl von der glühenden Sonne der Mittagsstunde, die Menschen und Tier in des Schlummers Arme treibt, diesseits der Alpen wenig zu verspüren, folgten sie im Kloster doch pflichtgemäß dem Gebot.

Nur der Wächter aus dem Torturm stand, wie immer, trenn- lich und aufrecht im mühseligen Stuhlein.

Der Wächter hieß Romeias und hielt gute Wacht. Da hörte er durch den nahen Lammwald ein Röhrgelächter; er spürte sein Ohr nach der Richtung. „Acht oder zehn Vertiere!“ sprach er nach prüfendem Lauschen; er ließ das Fallgatter vom Tor hernieder- raffen, zog das Brülllein, was über den Wassergraben führte, auf und langte sein Horn vom Nagel. Und weil sich einiges Spinnweb drin festgesetzt, reinigte er daselbe.

Jetzt kamen die vorderen des Juges am Waldsaum zum Vorschein. Da fuhr Romeias mit der Rechten über die Stirn und tat einen sonderbarlichen Blick hinunter. Das endergebnis seines Blickes war ein Wort: Werberwölfer! — er sprach's halb fragend, halb als Ausruf, und lag weder Freundigkeit noch Erbarmung in seinem Worte. Er griff sein Horn und blies drei- mal hinein. Es war ein ungehöriger hiermäßiger Ton, den er her- vorlockte, und war dem Hornblasen deutlich zu entnehmen, daß weder Muffen noch Trogeln die Wiege des Romeias zu Willigen im Schwärzwald umstanden hatten.

Wenn einer im Wald sich umgesehen hat, so hat er sicher schon das Getriebe eines Ameisenhaufens angesehen. Da ist alles wohlgeordnet und geht seinen gemeinsamen Gang und freut sich der Ruhe in der Bewegung; jetzt fährst du mit deinem Stab herein und schubst die vorderen: da bricht Verwirrung aus, Rennen und wimmelnder Zusammenlauf — alles hat der eine Stoß verjährt. Also und nicht anders fuhr der Stoß aus Romeias Horn ausfand ins stille Kloster.

Da füllten sich die Fenster am Saal der Klosterküchen mit neuergerigen jungen Gesichtern, manch heftiger Traum in ein- famer Zelle entsetzte, ohne seinen Schluß zu finden, manch tiefinnige Meditation halbwoachender Denker desgleichen; der Wöl- fenstol, der in dieser Stunde auf seinem Schragen des Ovidius herboten Wölfelein „Von der Kunst, zu Lieben“ zu ergründen

pflegte, wollte eiligst die pergamentenen Blätter zusammen und barg sie im schützenden Versteck seines Straßsackes.

Der Abt Cralo sprang aus seinem Bettstuhl und redte seine Arme der Decke seines Gemaches entgegen, ein schlaftrunkener Mann; auf schwerem Steinisch stand ein prachtvoll silbernes Was- serbecken, darin tauchte er den Zeigefinger und regte die Augen, des Schlämmers Rest zu vertreiben. Dann hinfte er zum offenen Söller seines Erkers und schaute hinaus.

Und er ward betrüblich überaus, als wahr ihm eine Wal- muth aufs Haupt gefallen: Heiliger Benedikt, sei mir gnädig, meine Base, die Herzogin!

Sofort schürzte er seine Kutte, rief den schmalen Wüffel seiner Haare zurecht, der ihm inmitten des tablen Scheitels noch statlich emporwuchs gleich einer Fichte im öden Sandfeld, hing das güldene Kettlein mit dem Klosterfingul um, nahm seinen Wöl- fenstol von Apfelbaumholz, dran der reichverzehrte Eisenbleggriff erglänzte, und hing in den Hof hernieder.

Wölfs bald rief einer der Berittenen draußen. Da gebot er dem Wächter, daß er die Angekommenen nach ihrem Begehre frage. Romeias tat's.

Jetzt ward draußen ins Horn gestoßen, der Kämmerer Spazzo ritt als Herold ans Tor und rief mit tiefer Stimme:

Die Herzogin und Berwesterin des Reichs in Schwaben ent- beut dem heiligen Gallus ihren Guß, Schaffet Einlaß!

Der Abt seufzte leise. Er hing auf Romeias' Warte; an seinen Stab gelehnt gab er denen vor dem Tor den Segen und sprach:

Im Namen des heiligen Gallus dankt der unwürdigste seiner Jünger für den erlauchten Gruß. Aber sein Kloster ist keine Urge, drin festliche Gattung von Lebendigen, Reines und Un- reines, Männlein und Weiblein Eingang findet. Darum — ob auch das Herz von Betrübnis erfüllt wird — ist Einlaß- schafften ein unmöglich Ding. Der Abt muß am Tage des Ge- richts Rechenschaft ablegen über die seiner Gut vertrauten See- len. Die Nähe einer Frau, und wahr sie auch die erlauchteste im Lande, und der fünfjährige Erbzog der Kinder dieser Welt wär' allzu große Verführung für die, so zuerst nach dem Reich Gottes und seiner Gerechtigkeit trachten müssen. Verächteret das Bewei- sen des Dürten nicht, der um seine Kämmerer Sorge trägt. Ka- nonische Satzung sperrt das Tor.

Die gnädige Herzogin wird in Trogen oder Nordschach des Klosters Villa zu ihrer Verfügung finden . . .

(Fortsetzung folgt.)

# Sozialdemokratischer Parteitag

## Stellungnahme zur Koalitionspolitik

Görlitz, 19. Sept.

### Nachmittags-Sitzung

In der Nachmittags-Sitzung erstattete **Kirchner-Altuna** den Bericht der Mandats-Prüfungs-Kommission. Anwesend sind 270 Delegierte, 20 Vertreter der Reichstagsfraktion, 17 Mitglieder des Parteivorstandes, alle 9 Mitglieder der Kontrollkommission, 39 Mitglieder des Parteiausschusses und 4 Mitglieder der Programmkommission. Proteste liegen nicht vor, jedoch alle 376 Mandate für gültig erklärt werden.

**Heinrich Schulz** spricht über die Stärkung der Bildungs- und Jugendbewegung im letzten Jahre. Die Arbeiter-Jugendbewegung arbeitet jetzt tatkräftig und sachgemäß. Auch mit den Bildungsbestrebungen geht es vorwärts. Der erste sozialdemokratische Kulturtag in Dresden war ein Erfolg. Die Sonderorganisationen der Lehrer sind berechtigt, wenn in ihnen die Lehrer sich in erster Reihe als Sozialdemokraten fühlen, denn sie sind nicht dazu geschaffen, daß mit ihnen die Lehrer ihre besonderen Lehrerinteressen in der Partei zu vertreten suchen. Die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft haben wir als Kulturpartei selbstverständlich unterstützt. Um den Sozialismus wissenschaftlich zu vertiefen, sollten sich alle Parteigenossen, die wissenschaftlich tätig sind, zu einer wissenschaftlichen Gemeinschaft zusammenschließen. Wenn wir Demokratie und Republik sichern, sichern wir auch die deutsche Kultur. (Beifall.)

**Markwald-Frankfurt a. M.:** Das Verbot deutschnationaler Blätter läßt sich zur Not rechtfertigen, weil sie unter dem Schutze der Klassenjustiz jede Kritik treiben konnten, aber die Kommunisten padt schon der Staatsanwalt, wenn sie sich strafbar machen. Ein Winkelblättchen zu verbieten, das bloß darauf lauert, Klatsch zu machen, ist weder gerecht, noch politisch klug. Die Resolution des Genossen Krüger ist nur die geschickte in Szene gesetzte Vorbereitung für die Regierungsbildung mit der D.V.P. (Sehr wohl!) Natürlich wird die D.V.P. alles unterzeichnen und natürlich wird Stinnes zu ihrem linken Flügel gehören; aber die Klassenbetriebe der Industrie wird alle polsterfreundlichen Forderungen sabotieren, die sie unterzeichnet. Zentrum und Demokratie können wenigstens auch anders, aber die Volkspartei muß arbeiterfeindlich sein, sonst entzieht ihr das Kapital die politische und finanzielle Grundlage. Es ist eine Sünde, die Einigkeit der Arbeiter durch eine Regierung mit der D.V.P. unnötig zu erschweren. Der Redner begründet dann zwei Frankfurter Anträge auf Herbeiführung einer Volksabstimmung über eine Reform der Klassenjustiz und über die Einziehung des Hohenzollernvermögens. Wenigstens die direkte Wahl der Schöffen und Geschworenen ist sofort notwendig. Wilhelm II. darf nicht noch mehr Geld nach Holland geschickt werden. (Beifall.)

**Edlein-Dreslau:** Die Dreslauer Genossen teilen in der Frage der Regierungsbildung den Frankfurter Standpunkt und lehnen ein Bündnis mit der monarchistischen Volkspartei ab. Die D.V.P. muß draußen im Lande monarchistisch sein, die Volkspartei ihrer Anhänger im Lande an die deutschnationalen verlieren, wenn sie ehrlich republikanisch handelt. (Zurückso eheilig wie das Zentrum!) Das Zentrum kann auch republikanisch handeln, das sagt der Name Erzberger. (Gelächter und Zurufe: der ist leider tot!) Wir sollen ja nicht zwischen dem Zentrum und der Deutschen Volkspartei wählen, sondern zum reaktionären Zentrum noch die reaktionäre Volkspartei hinzunehmen. Man sagt auch, die Unabhängigen hätten nichts gegen diese Koalition, aber die Klasse der Arbeiterschaft würde im schlechten Sinne radikalisiert und dadurch ein gedeihliche Politik gehindert. Lassen Sie immer den Gedanken der Einigung der Massen ausschlaggebend sein! (Beifall.)

**Gienbarth-Hamburg:** Die Frage ist die, wie schätzen wir die Republik und die Verfassung? Wir haben gesagt, wenn die Reaktion wieder ihr Haupt erhebt, dann werden wir sie so abzuführen lassen, daß sie das Wiederkommen für immer bezahle. Es steht nicht danach aus. Schuld daran ist die ungeliebte Zersplitterung der Arbeiterschaft und unsere Vertrauenslosigkeit und manchmal geradezu jämmerliche Schlappheit. (Sehr gut und Widerspruch!) Die Kampfansage Hermann Müllers gegen die deutschnationalen kann nur von den Reichs- und Landesregierungen verwirklicht werden. Wird sie es nicht, dann gehen wir trotzlosen Zeiten entgegen. Auch die Abwehr des Piefers, streiks müssen wir vorbereiten. Den Ruhr-Saufall in Bayern können die bayerischen Genossen nicht allein reinigen, sie brauchen dazu die moralische Unterstützung der gesamten Partei. (Beifall.)

**Broschewitz-Frankfurt a. M.:** Krüger hat sich nur gegen links gemeldet und kein Wort gegen die Genossen gesagt, die nach rechts schielen und die parteiaktiven Fragen in reaktionären Zeitungen erörtern. Das erschwert unsere Agitation. Wir müssen zur Tat übergehen und auch einmal nach links einen Schritt tun. (Zuruf: welchen?) Die Einigung kommt nicht durch Kleinliche Rechenexempel zustande, dazu ist das Ziel viel zu hoch. Wir sind gegen eine Verbindung mit der D.V.P., mit der wir vielleicht rechts ein wenig gewinnen, aber links viel mehr verlieren würden. (Beifall.)

**Dr. Knack-Hamburg:** Die Förderung und Vertiefung der sozialistischen Wissenschaft ist das Gebot der Stunde. Wir müssen uns dabei hüten vor allzukoher Euphorie und dürfen uns nicht hermelisch abheben. Bei der Regierungsbildung müssen wir uns vor allzukoher Angst vor den Bürgerlichen hüten und endlich mehr Vertrauen zu unserer eigenen Kraft haben. Es ist befriedigend für eine große Partei, wenn sie immer nach links und rechts guckt, statt geradeaus zu schauen und das zu tun, was die Stunde gebietet. (Beifall.) Die Stunde aber gebietet keine fruchtlose Opposition, sondern das Festhalten an einer Regierung bis zum letzten Moment. Deshalb stellt sich die Hamburger Delegation geschlossen hinter die Resolution des Parteivorstandes. (Beifall.)

**Cherfeld:** Ziel: Wenn es nur nach unserem Willen änge, dann würden wir die Regierung nur mit Demokraten und Unabhängigen bilden, aber so liegen die Dinge nicht. Agitatoren mag ein Unterschied bestehen in dem Zusammengehen mit den verschiedenen bürgerlichen Parteien, tatsächlich ist es aber ganz gleich, mit welcher bürgerlichen Partei wir eine Regierung bilden, denn über die Grundfragen für die Umformung unseres Wirtschaftslebens besteht kein Unterschied bei den Bürgerlichen, von den Demokraten bis zu den deutschnationalen. Wir haben uns in Rassel in eine Sackgasse verkannt, und aus ihr müssen wir möglichst schnell heraus, deshalb ist auch Schleswig-Holstein mit der Resolution des Parteivorstandes einverstanden.

**Wiesler-Boisbützel:** Wir kommt es nicht auf die Volkspartei oder eine andere Partei an, sondern auf unsere Stellung in der Regierung. Die Resolution des Parteivorstandes fordert unmögliche Grundlagen unserer Regierungsbildung.

**Loebe:** Ich möchte den Antrag begründen, der die Parteigenossen auffordert, die Abzeichen der deutschen Republik zu tragen. Wir haben uns auch äußerlich in die Defensive drängen lassen. Sakentreuher und Stahelmjünglinge sowie Schutz- und Truhbündler beherrschen die Straßen und die Wägen. Hier gilt es zu zeigen, ein wie großer Teil des deutschen Volkes bewußt republikanisch ist, wie viele Arbeiter, Angestellte, Beamte und einseitige Bürger zum Schutz der Republik bereit

sind. Unser Rot soll neben dem schwarzen Dunkel der Vergangenheit und dem Gold einer schöneren Zukunft nicht verschwinden. Unsere internationale Parteiflagge bleibt rot. Weiter handelt es sich aber darum, den Kampfsohn zu sichern, und alle mit Mut, Festigkeit und sozialer Lust zu erfüllen. Nicht im Sinne der deutschnationalen Gewalttätigkeiten und jener feigen nationalen Jünglinge, die nachts unsere Fahnen abreißen und die Hände beschwören, sondern Mut im Sinne der Befreiung der christlichen Arbeiterjugend der überwiegenden Mehrheit des Volkes, das den Reaktionen darüber zurufen will: Trete Euch nicht und schüt Euch nicht nach dem Tag, wo dieser Wald sich gegen Euch erhebt. (Beifall.)

**Mahe-Dreslau:** Allerhöchste Kampfbereitschaft ist notwendig. Schon droht von Schließen ungeheure Gefahr, und der Parteivorstand hat nicht genug dagegen getan, die Zustände an der mittelschleifige Grenze sind nicht weit von Ungarn entfernt, und das ist die Schuld der gegenwärtigen preussischen Regierung. Schließen statt von Waffen. Die Justiz verjagt vollständig. Unsere Funktionäre wurden auf dem Lande und bis nach Breslau hinein auf Schritt und Tritt verfolgt. Abtrünnige der rechtsbolschewistischen Arbeitergemeinschaften wurden nachts durch Besatzmänner aus Breslauer Hotels verschleppt. Politische Morde sind häufig. Die verhassten Gewaltmänner lösen die Staatsanwaltschaft wieder frei. Wir fordern sofortige Gegenmaßnahmen der Regierung gegen die verfassungswidrigen Maßnahmen und deren Durchführung unter der Kontrolle der Gewerkschaften.

**Scholl-Breslau:** Wir dürfen nicht unsere Kraft auf lange Zeit hinaus durch Parteitag-Beschlüsse binden, sonst wiederholen wir nur den Fehler von Kassel. Minister Dominicus hat sich sehr schnell das Vertrauen der ihm gegenüberstehenden Rechten erworben, und nicht nur Sozialdemokraten, sondern auch Demokraten aus den Reimern gejagt. Wer will, daß das anders wird, muß für die Vorstandsvollversammlung stimmen, damit wir wieder in die Regierung hineingehen können.

**Scheidemann:** Die Stärkung der Republik herbeizuführen, ist im Augenblick der wichtigste Punkt. Die Republik wird in Gefahr bleiben, wenn es uns nicht gelingt, der Reaktion das Handwerk zu legen. (Sehr gut!) Das Streben unserer deutschen Reaktionen ist, aus Deutschland nicht nur ein Bayern, sondern ein Groß-Ungarn zu machen. Herzt hat offen erklärt, daß für seine Partei die Weimarer Verfassung nur eine Episode ist, und daß ihr Ziel die Wiederherstellung des Kaiserreichs sei. Die Republik muß und soll geschützt werden. Wir brauchen dazu eine gründliche Reform der Verwaltung und Justiz, eine Reform des Schulwesens und der Universitäten. Die Universitäten sollen wieder aus Berufsleuten der Reaktion bestehen, die eingeschlossen sind, das durchzuführen. Im Reich und in allen Ländern müssen die Mitglieder der Regierung bereit sein, zum Schutz der Republik alle finanziellen Mittel aufzuwenden. Es ist unheilbar, daß im Reich gegen rechts, in Preußen mit Stegerwald gegen links regiert wird. Es ist grotesk, daß in Bayern eine deutschnational orientierte Regierung die Verordnung des Reichspräsidenten sabotiert und Landesrecht über Reichsrecht stellt. Eine Änderung ist freilich nur möglich, wenn wir Sozialdemokraten uns frei machen von allen Schlagworten und ausschließlich mit den realen Aufgaben rechnen. (Sehr gut!) Wir können nur in die Regierung gehen mit Parteien, die die Verfassung respektieren. Aber sie brauchen nicht unbedingt für die Verfassung gestimmt zu haben, sonst müßten wir ja die Unabhängigen ablehnen, denen wir wiederholt aus guten Gründen und ehrlicher Überzeugung die Mitregierung angeboten haben. Wir müssen uns frei machen von der Theorie der politischen Gebilde. Nicht was eine Partei getan hat, sondern was sie zu tun bereit ist, muß ausschlaggebend sein. Als wir die Parole ausgaben: „Unter keinen Umständen mit der Deutschen Volkspartei!“ war sie absolut richtig. In der Republik kann der nicht mitregieren, der die Monarchie propagiert. Auch muß die Partei bereit sein, die notwendigen Geldquellen zu erschließen. Jede Regierungsbildung setzt ein bestimmtes Mindestprogramm voraus. Parteien, die es annehmen und bestimmte Ministerplätze usw. überlassen, kann man nicht dauernd von der Regierung ausschließen. Koalitionsregierungen sind nur Arbeitergemeinschaften, nicht Gesinnungsgemeinschaften. Wir müssen Koalitionen schließen mit Klugheit und Überlegung und in bester Wahnnehmung der Interessen unseres Landes und der Interessen der Arbeiterschaft. Keiner von uns weiß, wie sich die Koalitionen in der nächsten Zeit entwickeln werden, aber alle Koalitionen sind vergänglich. Unvergänglich ist allein die Zusammengehörigkeit des ganzen arbeitenden deutschen Volkes, die Zusammengehörigkeit der Schaffenden in Deutschland und über Deutschland hinaus in der ganzen Welt. Das allein macht uns stark gegen die Reaktion im Innern und den Imperialismus draußen. Alle denkenden Arbeiter wollen die Einigkeit, nur fehlt ihnen der Mut zum Entschluß. Jene allen, den geistig und körperlich Schaffenden, den Männern und Frauen rufen wir zu: „Raffi Euch auf zum Entschluß, stellt die Einigkeit her, kommt zu uns in die große deutsche Sozialdemokratie!“ (Stürmischer Beifall.)

Die weiteren Beratungen werden vertagt auf Dienstag vormittag. Schluß 6 Uhr.

### Zweite Sitzung

Görlitz, 20. Sept.

Nach der Aufnahme, die die Scheidemannschen Ausführungen am Montag abend gefunden haben, war schon kein Zweifel mehr daran, daß die Resolution des Parteivorstandes und des Parteiausschusses angenommen werde. Noch geben freilich die Gegner der Regierungskoalition mit der Volkspartei den Kampf nicht verloren.

Am Dienstag morgen, als der Parteitag eröffnet wurde, fanden die Delegierten nicht weniger als fünf Anträge auf ihren Plätzen, die Verschiebungen in die Vorstandsvollversammlung hineintragen sollten. **Piefers-Dreslau, Verlinger-Höln, Förschütz-Görlitz, Schiller-Görlitz** und andere belämpfen heftig die Resolution. Sie glauben, daß die Deutsche Volkspartei die darin enthaltenen Bedingungen annimmt und leben in dem Zusammenarbeiten von Sozialdemokratie und Deutscher Volkspartei in der Regierung eine weitere Heraufhebung der so notwendigen Einigung des Reichstages. Sie finden aber mit ihren Ausführungen keinen Anlaß bei der Weigerung der Delegierten. Immer wieder läßt ihnen entgegen: Wir dürfen keine Wahlposition aufgeben, wir dürfen nicht den Bürgerlichen allein das Feld in die Hand geben. Wir wünschen keine Übertragung der bayerischen Zustände auf das Reich, und die anderen Bundesstaaten.

**Hermann Müller** verweigert sich dagegen, daß seine Ausführungen in Nürnberg im Jahre 1920 immer noch gegen ihn angeführt werden; solche „goldenen Worte“ dürfen nicht kanonisiert werden; in der Politik gibt es keine Ewigkeitswerte. Politik ist keine Wissenschaft, sondern die Kunst des Erreichbaren. Wir dürfen uns nicht für oder gegen eine bestimmte Partei erklären, sondern müssen Widersprüche formulieren. Im Ubrigen werden wir mit der deutschen Volkspartei in Bayern, die dort beson- reaktionär ist, kaum zusammen-

gehen können, aber das gilt nicht unbedingt für alle Bundesstaaten. Der Kernpunkt unserer ganzen Schwierigkeiten ist der bundesstaatliche Charakter des Reiches. Es ist unerträglich, daß einzelne Bundesstaaten die Reichspolitik sabotieren, wie dies kürzlich im Reichsrat von Preußen und Bayern geschehen ist bezüglich der Anwendung der Verordnung des Reichspräsidenten. Sicherlich brauchen wir die bürgerlichen Parteien nicht, wenn es gilt, die Republik zu verteidigen. Aber es gilt Erschlitterungen zu vermeiden und eine ruhige Entwicklung zu ermöglichen, und da ist leider die Koalitionspolitik heute eine Notwendigkeit.

**Bernstein** weist darauf hin, daß die Sozialdemokratie heute für alle Welt die Partei der Republik ist. Besten wir in der Regierung, dann wird das Ausland sehr wenig Vertrauen zu der deutschen Republik haben. Ein Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei wird sich oft nicht vermeiden lassen und das wird unsere Position schwächen, wenn wir allein drei bürgerlichen Parteien gegenüberstehen. Umso notwendiger ist es deshalb, daß die U.S.P. ihren negierenden Standpunkt aufgibt und auch in die Regierung hineingehet. Früher ist eine Einigung nicht möglich, die für die Einheitspolitik die erste Voraussetzung ist.

Der Frauenhandpunkt in der Koalitionspolitik **Marie Juchacz** und **Helene Grünberg**. Beide wünschen höhere Aufklärung der Frauen, und ihre Interesse gilt der Frau. Sie bemängeln die Schulfrage und wünschen die Freiheit des sozialistischen Einflusses in der Regierung. Sie müssen, doch sei dies nach Lage der Dinge nur bei einer Koalitionspolitik möglich.

Gegen Mittag wird die Diskussion noch einmal bemerkenswerten Höhe geführt. Der frühere Außenminister legt die außenpolitische Seite der Koalitionspolitik England und Frankreich verlangen positive Einstellung, der Gewähr dafür ist nur eine Regierung mit Sozialdemokraten, aber auch eine stabile Regierung auf breiter Basis, und wir dürfen der Deutschen Volkspartei nicht gestatten, auf unsere eigene Art Politik zu treiben. Wenn wir in der Regierung mit Festigkeit führen, wenn wir bei der Stange bleiben, dann ist der Erfolg unser.

**Otto Braun** sagt, daß man nichts auf die Ausfertigung Einzelner geben solle. In der Regierung kommt es auf jedes Ressort an, wir sollen und wir müssen mit aller Macht in Preußen die Demokratisierung der Verwaltung antreiben, wenn wir vorwärts kommen wollen. Wir müssen mehr Vertrauen zu unserer eigenen Kraft haben, dann schwindet auch die Furcht vor der Volkspartei.

Sehr eindringlich und überzeugend sprach **Severing**: Der Klassenkampf gegen die Reaktion ist nicht möglich mit papierenen Resolutionen, sondern wir müssen tatsächliche Maßnahmen zu ergreifen und zu halten suchen. Die U.S.P. gewinnen wir nicht zurück durch radikale Redensarten, sondern dadurch, daß wir dem Volke praktische Erfolge zeigen. Die politische Abstinenz in Verbindung mit großen Versprechungen hat die U.S.P. zu Grunde gerichtet. Wir wollen nicht diesen Weg gehen, wir wollen vorziehen, Positives zu schaffen, weil wir wissen wollen.

Ein **Schlusstrag** wurde angenommen. Im Schlusswort erklärte **Krüger-Berlin** noch einmal, daß man sich in der Resolution nicht für oder gegen eine bestimmte Partei festlegen solle, sondern daß nur die Möglichkeit zu schaffen wäre, über praktische Maßnahmen von Zeit zu Zeit nach Zweckmäßigkeit zu entscheiden.

### Nachmittags-Sitzung

In der Nachmittags-Sitzung fiel die Entscheidung. In namentlicher Abstimmung wird die Vorstandsvollversammlung mit 290 gegen 67 Stimmen angenommen.

Eine große Fülle sonstiger Anträge wird teils angenommen, teils dem Vorstand überwiesen. In der Frage der Einigung wird die von uns bereits mitgeteilte Resolution **Bogel-Kimberg** angenommen, die die Schwierigkeiten der Wiedervereinigung der beiden sozialistischen Parteien begründet, aber bis zur zentralen Einigung die Wahrung der tatsächlichen und organisatorischen Selbstständigkeit verlangt.

Nach der Abstimmung gibt **Voch** den Bericht der Reichstagsfraktion.

Bei aussehend gibt er einen Überblick über die politische Lage. Er sprach von der Schrambe ohne Ende und von dem Preis- und Lohnsteigerungen, von der Valuta und dem Dumpingssystem. **Hermann Müller** ist ihm zu passiv, man müsse der Entwicklung, die zum Zusammenbruch führt, energisch entgegenarbeiten. Durch Steuern können wir nur den inneren Bedarf decken. Dem Angebot der Industrie, die Ententeforderungen zu begleichen, müssen wir sehr skeptisch gegenüberstehen. Das Großkapital kann das höchstens durch langfristige Kreditabkommen mit dem Ausland; doch das hilft uns nicht über die Schwierigkeiten der Steuerfragen hinweg, die Werte in Deutschland müssen erschaffen werden. Das wird auch durch die Sozialisierung in der Reichspolitik nicht bewirkt. Die Entscheidung in der Reichspolitik bleibt: Wie erfüllen wir das Minimum. Hoch befürchtet, daß wir nicht nur mit der deutschen Volkspartei, sondern auch mit der anderen bürgerlichen Koalitionsparteien keine Einigung bekommen. Wir verlangen zuerst die Erläuterung der Belastung des Reiches, aber die bürgerlichen Parteien haben noch kein Entgegenkommen gezeigt. Kommt es zum Konflikt, dann bringt eine Neuwahl zum Reichstag allein aber noch keine Lösung der Frage. Durch die Erziehung im soz. Geiste darauf hinzuwirken, muß Aufgabe der Partei sein, u. v. von unseren Parteitaggen müssen dazu die Anstrengungen ausgehen. (Beifall.)

**Georg Schmidt** behandelt es Spezialreferent die Ernährungsfrage. Er wagt keine Voraussagen bei den Angriffen auf die Landwirtschaft. Die Schwierigkeiten auf dem Lande dürfen nicht verkannt werden. Mit großer Sachkenntnis erörterte Schmidt die tatsächlichen Verhältnisse auf dem Lande. Die Ausführungen Schmidts fanden ihren Niederschlag in einer von ihm vorgelegten Resolution, die sich gegen die ungeschminkte freie Wirtschaft ausspricht.

Dem Parteitag sind später bemerkenswerte Anträge zugegangen.

Ein Antrag **Bernstein, Löbe, Scheidemann** beantragt: Der Parteitag nimmt mit Entrüstung Kenntnis davon, daß in Ungarn immer noch ein millitärisches Regime der Soldateska die breiten Massen des arbeitenden Volkes jeder Freiheit und jeglichen Bestimmungsdrehtes beraubt. Der Parteitag brandmarkt dieses Regime, das mit der monarchistischen Reaktion in Bayern liebäugelt und mit der demokratischen Weltanschauung der heutigen Zeit in schreiendem Widerspruch steht. Die Befreiung dieses Systems ist dringendes Bedürfnis des Friedens in Europa.

Ein Antrag **Max-Hamburg** wünscht, daß im Sinne der Reichsfrauenkonferenz gefassten Beschlüsse die Parteifraktion entschlossen und zielstrebig eine sozialistische Politik treibe. Ein Antrag **Wiesler-Boisbützel** u. Preußentag der Partei.

Hauptauschuss für Arbeiterwohlfahrt

In der ersten beschließenden Jahresversammlung des Hauptauschusses für die Arbeiterwohlfahrt, die in Gölitz am 18. September tagte, referierte Genossin Judasz über „die Erfahrungen der Vergangenheit in der Arbeiterwohlfahrt und ihre Auswertung“.

Badische Politik

Ein „Demokratenblatt“ für eine Sammlungspolitik gegen Zentrum und Sozialdemokratie

Wie sehr die Strömungen in der demokratischen Partei auseinanderlaufen, dafür liefert die angeblich demokratische „Badische Landeszeitung“ eine gute Probe.

Kapitalistische Wirtschaftspolitik und Landtagswahlen

Die demokratische „Badische Landeszeitung“ kreidet es den Sozialdemokraten und dem Zentrum an, daß sie für die Aufrechterhaltung des Restes der Getreidewirtschaft eintreten.

Der Haushaltsauschuss des Landtags zur geplanten Wohnabgabe

Eine wichtige Sitzung hielt der Haushaltsauschuss des badischen Landtags am Montag nachmittags ab. Er begann die Beratungen über zwei Regierungsvorlagen, welche dazu bestimmt sind, dem auch in Baden vorhandenen Wohnungselend zu steuern.

Ausführlicher gestaltete sich die Berichterstattung über die Vorlage, die dem Abg. Dr. Gladner (Dem.) oblag und den, ausweg der künftigen Wohnabgabe für Baden betraf.

entwurfs, der sich auf die Reichsbestimmungen stützt, beruht darin, Geld zum Bau neuer Wohnungen zu beschaffen. Der Staat ist infolge seiner schlechten finanziellen Lage nicht imstande, dafür Aufwendungen zu machen.

Soweit die Grundlinien des badischen Wohnabgabegesetzes; sie werden natürlich noch im einzelnen zu erörtern sein und in der Öffentlichkeit noch mancherlei Erörterungen hervorrufen.

Die sozialdemokratische Fraktion sieht ebenfalls kein anderes Mittel, das Wohnungselend zu mildern, als Geld auf dem von der Regierung vorge schlagenen Wege zu beschaffen.

Ein demokratischer Redner bemerkt, daß der Hausbesitzer die neue Last nicht tragen könne, sonst gehe er kaputt. Auf die Mietkäufer solle man keine Hoffnung setzen.

Arbeitsminister Dr. Engler führte aus: Es muß von den Mietpreisen in der Friedenszeit ausgegangen werden. Die Mieten müssen die Baukosten decken.

Nachdem noch der Berichtsfatter Dr. Gladner sich über die Höhe der etwa zu empfangenden Wohnabgabe pro Jahr für den Staat geäußert und noch Material über die freiwilligen Aufwendungen der Gemeinden für den Wohnungsbau verlangt hatte, war die Generaldebatte beendet.

Die Sitzung wurde auf Dienstag und damit die Weiterberatung der Wohnabgabevorlage vertagt.

Aus der Partei

Sozialdemokratische Partei Deutschlands Bezirksverband Baden

Den Sekretären und Ortsvereinsvorständen zur Kenntnis, daß das Material zur Abrechnung für das 2. Vierteljahr 1921/22 allen Ortsvereinskassierern zugehandelt wurde.

Den Bestimmungen unseres Organisationsstatuts entsprechend, sind die Abrechnungen sofort fertigzustellen und an die Adresse: Karl Sahn, Mannheim, R 3, 14 U, einzusenden.

Spätestens am 10. Oktober muß der Bezirksvorstand im Besitz sämtlicher Abrechnungen und Gelder sein.

Mannheim, 21. September 1921. Der Bezirksvorstand. K. A.: Karl Sahn.

5. Badischer Landtagswahlkreis — 4. Agitationsbezirk

Den Parteimitgliedern zur Kenntnis, daß die erste Wahlflugblattverteilung am 2. Oktober stattfinden soll. Es wird dringend ersucht, schon jetzt hierzu alle nötigen organisatorischen Vorbereitungen zu treffen.

Sonntag, 9. Oktober, nachmittags 2 Uhr, findet für den gesamten Agitationsbezirk Karlsruhe im Restaurant „Auerhahn“, Schützenstraße 68, Karlsruhe, eine Frauenkonferenz statt.

Im Hinblick auf die bevorstehenden Landtagswahlen und auf den nötigen Ausbau der Parteiorganisation erwarten wir bestimmt, daß alle Mitgliedern durch Genossinnen vertreten sind.

Gleichzeitig machen wir die Parteimitgliedern im Verbreitungsgebiet des „Volkstreu“ nochmals auf das für die Werbung neuer Abonnenten für den „Volkstreu“ besonders geschriebene Flugblatt aufmerksam und ersuchen, soweit solche noch nicht verwendet bezw. angefordert worden sind, ihren Bedarf darin umgehend bei der Geschäftsstelle des „Volkstreu“ zu verlangen.

Zue jeder seine Pflicht auf zur Arbeit! Kreisvorstand der Sozialdemokratischen Partei. J. A.: Franz Weiler.

Frankenloch. Die am Sonntag den 18. September, abends 7 Uhr, abgehaltene Volksversammlung war den heftigen Verhältnissen entsprechend gut besucht.

Söllingen, 20. Sept. Donnerstag abends 7 1/2 Uhr findet im Gasthaus „Zum Hirschen“ eine große öffentliche Versammlung statt.

Gewerkschaftliches

Erhöhung der Löhne in der deutschen Zigaretten-, Rauch- und Schnupftabak-Industrie

Vom 16. September ab wurden die Löhne wie folgt erhöht: Zigarettenindustrie: 1. Die zur Zeit gezahlten Löhne werden durch einen Zuschlag von 30 Prozent der Reichsgrundlöhne erhöht.

Rauch- und Schnupftabakindustrie: 1. Zu den sich aus Arbeitslohn und Ortszuschlägen zusammensetzenden Grundlöhnen des Reichsstarifs vom 6. September 1921 tritt für sämtliche männlichen und weiblichen Arbeiter eine Teuerungszulage von 30 Prozent.

Jugend und Sport

Spiele der Freien Spielvereinigung Baden-Pfalz am 25. September

Sonderklasse, Gruppe 1: Gagfeld-Aue; Durlach-Fr. Karlsruhe; Arb. Sp. B. Karlsruhe-Altpfarr; Durmersheim-Union Karlsruhe; Achern frei.

Aus dem Lande

Seibelsberg, 17. Sept. Gestern vormittag entgleiten in der Sandstuhlschleimer Landstraße um 10 Uhr drei Wagen der Nebenbahn dadurch, daß infolge der Straßenverengung einige Steine in das Gleis gerieten.

Forsheim, 20. Sept. Hier wurde ein vermittelter Goldarbeiter, der sich an seiner noch nicht 16 Jahre alten Tochter seit längerer Zeit fortgesetzt fittlich verging, festgenommen.

Mannheim, 19. Sept. Zwei Jäger, die in der Umgebung Mannheims auf Rebhühner jagten, waren dabei so unvorsichtig, daß einer 59jährigen Witwe von Redarau, die auf ihrem Felde beschäftigt war, ein Schrotkugeln ins Gesicht ging. Das linke Auge ist verloren. Aus Furcht vor Strafe nahm sich ein 28-jähriger unterjuchungsgefängener Werkmeister in seiner Zelle im Amtsgefängnis das Leben.

Verzogenweiler b. Bellingen, 20. Sept. Auf ein 200jähriges Weihen kann im Oktober Verzogenweiler zurückgeführt werden. Am 21. Oktober 1721 wurde das Dorf gegründet. Zum ersten Male wird der Name 1206 in einer Urkunde genannt, doch ging dieses Dorf im 30jährigen Kriege unter.

Gehemmingen b. Donauwörth, 20. Sept. Gestern früh brach auf dem Weicher des Anwesens der Witwe Braun Feuer aus, das sich auch auf das Doppelhaus der Witwe Engesser und Josef Engesser ausdehnte und die drei Gebäude vollkommen vernichtete. Die Ortsfeuerwehr und die Wehren der umliegenden Ortschaften mußten eingreifen, da Gefahr bestand, daß die umliegenden Häuser mit ihren Schindeldächern ebenfalls von dem Feuer ergriffen würden. Die Brandgeschädigten konnten nicht das geringste retten. Mit Ausnahme des Viehs sind alle Getreide- und Futtervorräte mitverbrannt. Die Brandfelder sind nur schwach verbrannt. Die Brandfelder sind nur schwach verbrannt.

Leipferdingen b. Engen, 20. Sept. In Leipferdingen brannten am Samstagabend drei Häuser vollständig nieder.

Vertheim, 19. Sept. Aus unbekanntem Gründen geriet auf dem Rangierbahnhof ein mit Stroh beladener Eisenbahnwagen in Brand und wurde vollständig vernichtet.

### Aus der Stadt

Karlsruhe, 21. September.

#### Geschichtskalender

21. Sept. 1892 Der englische Erzähler Walter Scott in Vöthelsford. — 1890 Der Philosoph Arthur Schopenhauer in Frankfurt a. M. — 1916 Sozialdemokratische Reichskonferenz in Berlin.

**Bezirks-Versammlungen des Sozialdem. Vereins** finden am Mittwoch, 21. Sept., abends 8 Uhr, in nachstehenden Bezirken und Lokalen statt:

- Altstadt: In der „Schumpel“, Durlacherstraße. Referent Genosse Koch.
- Südstadt: In „Auerhahn“.
- Mittel- und Südweststadt: In der „Goldenen Krone“, Referent Genosse Sailer.
- Oststadt: In „Scheffelhof“, Referent Gen. Kadner.
- Weststadt: In „Württemberg Hof“, Ecke Wlاند- und Goethestraße. Referent Gen. Schwerdt.
- Mühlburg: In der „Stadt Karlsruhe“.
- Darlabenden: In „Karlsruher Hof“.

Genossen und Genossinnen, erscheint vollständig, die heutige politische Lage erfordert die regste Aktivität unserer Mitglieder.

**Bezirk Südstadt.** Die Komiteemitglieder werden ersucht, mindestens 1/2 Stunde vor der heutigen Versammlung zu erscheinen.

**Bezirk Mühlburg.** Auf die allgemeine Arbeiterversammlung heute abend 8 Uhr in „Fähringer Wälden“ sei nochmals hingewiesen. Die sehr wichtige Tagesordnung erfordert starken Besuch.

#### Die Angestellten in Handel und Industrie zum Schiedspruch

Der Afa-Bund hielt gestern abend im „Friedrichshof“ eine Versammlung ab, um zu dem am Tage vorher gefällten Schiedspruch des Schlichtungsausschusses Stellung zu nehmen. Kollege Spachholz als Vorsitzender des Afa-Bundes eröffnete die von wohl über 1500 Mitgliedern besuchte Versammlung um 7 1/2 Uhr und erteilte sofort dem Kollegen Müder das Wort zum Referat. Der Referent legte eingangs sofort klar, daß wohl niemand, weder die Angestellten noch die Gewerkschaftsleitung mit dem Schiedspruch auch nur einigermaßen sich befriedigt fühlen könnten. Er wies auf die einzelnen Wege hin, die man weiter gehen könne, empfahl aber der Vollversammlung den feinsten Grad des einzig möglichen und zum Ziele führenden Weg zu gehen: die Anrufung des Landeskommissärs. Zum Schluß seiner Ausführungen verlas der Referent folgenden Antrag, den er der allgemeinen Annahme empfahl:

„Die heute am Dienstag, 20. Sept., abends 8 Uhr, im großen Saale des „Friedrichshofes“ stattfindende Versammlung der Afa-Verbände nimmt den Bericht über die Schlichtungsverhandlungen der Industrie, wie des Groß- und Kleinhandels zur Kenntnis. Die Versammlung bedauert aufs lebhafteste, daß die in der außerordentlich großen Teuerung begründeten Vorschläge der Angestelltenverbände nur zum Teil und unbefriedigt durch den Schlichtungsausschuss erfüllt worden sind. Sie beauftragt, um kein Mittel unversucht zu lassen, die Verhandlungen, sofort mit dem Herrn Landeskommissär in Verbindung zu treten und zu versuchen, auf dem Wege neuer Verhandlungen eine Änderung des Schlichtungsentwurfes herbeizuführen und mit besonderem Nachdruck für die Besserstellung der jungen Angestellten einzutreten.“

In der lebhaft einsetzenden Diskussion kam ungewollt die Forderung zum Ausdruck, daß man über die Sätze des Schlichtungsausschusses unbedingt hinausgehen müsse, da man mit dieser Teuerungszulage nicht weiter vegetieren könne. Auch wurden verschiedene Stimmen laut, die sich auf seine weiteren Verhandlungen mehr einlassen wollten, sondern den Streik beschworen.

Im Schlußwort betonte der Referent, daß man das letzte gemeinschaftliche Mittel zwar nur nach Erschöpfung aller anderen Verständigungsmöglichkeiten ins Auge fassen solle und empfahl nochmals den Landeskommissär anzurufen.

Die Abstimmung ergab einstimmige Annahme der vorstehenden Resolution, womit die gewaltige Versammlung zu Ende war.

Die Arbeitgeber werden aus dieser imposanten Kundgebung ihrer Angestellten den einmütigen Willen erkannt haben, daß sie nicht gewillt sind, sich mit solchen niedrigen Sätzen abzu-

lassen und sich nötigenfalls bessere Existenzbedingungen auch zu erkämpfen.

Auch eine gestern abend stattgefundene Versammlung des Gesamtverbandes deutscher Angestellten-Gewerkschaften sprach sich in ähnlichem Sinne zum Schiedspruch aus.

#### Zum Karlsruher Raubmord

Wie uns berichtet wird, wurden am Montag abend in Erlangen bei Forsheim von der Gendarmrie zwei Personen festgenommen, auf welche die Beschreibung der vermutlichen Täter, wie sie von der Karlsruher Staatsanwaltschaft gegeben wurde, paßt. Die Frau, welche etwas älter wie ihr Begleiter ist, gab an, sie seien erst seit vergangenen Samstag verheiratet. Die Papiere der Weiden sind verunreinigt gefälscht. Auffallend ist, daß der Mann neue Kleider trug, was darauf schließen läßt, daß er vielleicht Blutsippen verdecken wollte.

In einer späteren Mitteilung wird jedoch bezeugt, daß diese beiden Personen als Täter nicht in Frage kommen. Dagegen ist es gelungen, eine ungefähre Beschreibung der Täter zu erhalten. Es kommen in Betracht zwei Männer, von denen der eine mittelgroß, im Alter von 25-30 Jahren, mit vollem, freisendem Gesicht beschrieben wird, der andere etwas größer und schlanker. Die ausgeübte Profession von 5000 M bleibt bestehen.

#### Bezirksbetriebs- und Beamtenträtekongress des Deutschen Eisenbahnerverbandes

Am vergangenen Sonntag den 18. ds. Mts. tagte im „Auerhahn“ hier eine vom Deutschen Eisenbahnerverband einberufene Rätelkonferenz, die von 80 Betriebs- und Beamtenträtkongressen aus dem ganzen Lande besucht war.

Gemäß der Tagesordnung erörterte zunächst der Kollege Bezirksbetriebsrat Stöhrer-Erlangen den Bericht der Bezirksbetriebsverwaltung. Ueber „Die nächsten Aufgaben der Betriebs- und Beamtenträtkongresse“ referierte sodann der Vertreter des Hauptverbandes Berlin Kollege Dr. Geder, der eingehend, an Hand des Betriebsräterlasses und der Beamtenträtkongressen, den Kollegen praktische Ratsschlüsse zur Erfüllung ihrer Aufgaben erteilte. Es wurde im Anschluß eine Resolution angenommen, die den Gesetzentwurf über die Beamtensauschüsse als unannehmbar erklärte und den Hauptverband aufforderte, an der eingeführten Verordnung über Eisenbahnbeamtenräte solange festzuhalten, bis etwas Besseres an die Stelle gesetzt wird.

Eine weitere Resolution fordert das Mitbestimmungsrecht für Betriebs- und Beamtenträtkongresse und die Erweiterung ihrer Zuständigkeit, um endlich die Demokratisierung der Verwaltung herbeizuführen.

Ueber das „Schlichtungswesen“ sprach Kollege Stöhrer. Ausgehend von der anderen Ländern gegenüber vorbildlichen Tätigkeit der Gemergerichte badens als frühere Schlichtungsinstanz, kam er auf den neuen Entwurf des Gesetzes über die Schlichtungsordnung zu sprechen, das vor allem aus dem Grunde abzulehnen sei, weil bei einer Gesetzgebung das Streikrecht illusorisch werden würde.

Der Bezirksvorstand, Kollege Schneider, gab in einem weiteren Referat ein ausführliches Bild über „Wesen und Aufgabe der Tarifauschüsse“. Es kam im weiteren Verlauf eine Resolution zur Annahme, die als gefällige Feiertage den 1. Mai und den 9. November forderte, ebenso ein Antrag, der zum Ausdruck bringt, daß jedes Mitglied am nächsten Dienstag als Gewerkschaft zur Republik aufgefaßt werden müsse.

Zum Schluß der Tagesordnung wurde die vergangene Lohn- und Gehaltsaktion einer Besprechung unterzogen. Sowohl die Lohn- als auch die Gehaltsempfänger anerkannten die gemeinschaftlich richtige Taktik des Hauptverbandes bei den Verhandlungen; es wurde aber kein Zweifel gelassen, daß das Erreichte nur als erste Etappe zu weiteren Erhöhungen der Bezüge, die zugleich mit Eintritt weiterer Teuerung an Arbeiter und Beamte gewährt werden müßten, zu betrachten sei. Beantragt wurde die verschiedenartige Regelung der Kinderzulagen für Beamte und Arbeiter, sowie die außerordentlich unangenehme Differenzierung der Gehaltsbezüge zwischen oberen und unteren Beamten.

Diese Rätelkonferenz der Eisenbahner, die erstmals Betriebs- und Beamtenträtkongresse in gemeinsamer Tagung zusammenführte, fand sich in dem Willen zu positiver Arbeit. Die Gegner des Zusammenschlusses von Beamten und Arbeitern werden in dieser Hinsicht noch manche Enttäuschung erleben müssen.

#### Erhöhung der Grenze für Mindest- u. Minderbemittelte

Die Teuerung ist gegenwärtig überall das Wort, welches alle Menschen in seinen Danksreisz zieht. Am meisten dürften davon die Minderbemittelten und Mindestbemittelten betroffen werden. Nachdem im Reich, im badiischen Landtag und am Freitag in der Bürgerversammlung die Befindungsfrage aller Beamten und Arbeiter erörtert worden sind, dürfte es auch an der Zeit sein, die Summen der Grenze für Minderbemittelte und Mindestbemittelte entsprechend in die Höhe zu setzen, damit bei diesen Schichten der Bevölkerung nicht noch weiteres Elend sich einschleicht.

Die Mieter- und Untermieter-Vereinigung veranstaltet am Donnerstag, den 22. September, abends 8 Uhr, in der „Krone“, Ecke Georg Friedrich- und Minheimerstraße, eine Mieter-Versammlung mit der Tagesordnung: „Die Mieter-Vermieter und Behörden“. Hierzu werden die Mitglieder sowie die Mieter und Wohnungsuchenden der Oststadt höflich eingeladen.

**Unannehmlichkeiten auf dem Standesamt.** Du der unter dieser Ueberschrift gebrachten Notiz in Nr. 212 jenseits uns das Standesamt: „Die dort gemachten Ausführungen entsprechen nicht den Tatsachen. Der Verlobten wurde die Beibringung eines Staatsangehörigkeitsausweises ihres verstorbenen Ehemannes, wie es die gesetzlichen Bestimmungen vorschreiben, aufgegeben. Wie dieselbe hier ausdrücklich erklärt hat, war keine Rede davon, daß auf dem Standesamt von ihr der Ausweis ihres früheren Schwiegeraters gefordert wurde. Dies geschah auf dem Bürgermeisteramt, Abteilung für Führung der Bürgerliste, und zwar dort mit vollem Recht, weil die Feststellung der Staatsangehörigkeit eben bekanntlich unter Umständen nur herbeizuführen ist, wenn Recherchen über die Verfahren des Verstorbenen und deren Heimatrecht gemacht werden. Von einer „Leichtfertigkeit“ eines Beamten des Standesamts kann insofern keine Rede sein.“ — Wie uns der Einjender der Beschwerde mitteilt, beruhen seine Behauptungen auf Tatsache. Wer hat nun Recht?

**Landestheater.** Als erste Schauspielvorstellung dieser Woche (19.-20. September) wird heutigen Mittwoch, den 21. September, Schillers „Don Carlos“ wiederholt. In dieser Aufführung nimmt die Theatergemeinde des „Wäldenwollbundes“ teil mit

den Nummern 501-700; 1001-1150; 1501-1650. — Daneben sind für den freien Verkauf alle Plakattagen zu haben. — Am Samstag, den 24. September, geht zum erstenmal im Landestheater Kurt Küchlers dreifärbiges Spiel von Liebe und Geld „Die verübte Braut“ in Szene, das im Konzerthaus bereits zweimal gegeben wurde.

**Stadtgartenkonzert.** Für das am Mittwoch, 21. Sept. d. J. (nur bei gutem Wetter), abends von 8 bis 11 Uhr, stattfindende vollständige Konzert, das zu ermäßigten Preisen zugänglich ist, hat der Dirigent des Musikvereins Karlsruhe ein abwechslungsreiches Programm zusammengestellt, so daß sich dessen Besuch empfiehlt.

**Stadtgartenkonzert.** Das übliche Stadtgartenkonzert Freitag, den 23. ds. Mts., nachmittags von 4 bis 7 Uhr, fällt aus.

#### Valuta-Bericht vom 19. September

Markkurs in der Schweiz ca. 5.50 Gfr. Auszahlung Holland notierte 33.30 M per holl. Guld.; Schweiz notierte 15.07 M per schw. Fr.; England notierte 892.50 M per 100 Sterl.; Frankreich notierte 7.48 M per frz. Fr.; Newyork notierte 104.75 M per Dollar.

#### Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 20. September 1921

Das Tiefdruckgebiet über Frankreich bringt im Westen und Süden Deutschlands Trübung und Regenfälle. Da der Luftdruck wieder im Steigen begriffen ist, ist für morgen allmähliche Abnahme der Trübung zu erwarten.

Vorausprognose Bitterung bis Donnerstag abend: Rangsame Abnahme der Bevölkerung, keine erheblichen Niederschläge, kühl.

#### Wasserstand des Rheins

Schweinfurt 86, gef. 1; Kob. 170, gef. 6; Mainz 886, gef. 5; Mannheim 209, gef. 1.

### Letzte Nachrichten

#### Abbau der Löhne in Frankreich

11. Lille, 20. Sept. Die Kommission des Arbeitgeberverbandes hat den Beschluß der Herabsetzung der Löhne um 20 Cts pro Stunde bestätigt. Es seien unüberwindliche Notwendigkeiten vorhanden, die zu der Herabsetzung der Löhne drängen; ein Schiedspruch könne nicht angenommen werden.

11. Paris, 20. Sept. Briand hat zusammen eine Abordnung der Textilfabrikanten aus Nordfrankreich und eine Abordnung der Gewerkschaften empfangen.

#### Eisenbahnerstreik in Irland

11. Dublin, 20. Sept. Nach einer Meldung der „Gummitte“ aus London streikten die irischen Eisenbahner, weil die Gesellschaften sich geweigert haben, über eine von ihnen beabsichtigte Lohnherabsetzung von 6 Schilling die Woche für die Lagerverwalter Verhandlungen mit den Vertretern des Arbeiterverbandes abzuhalten.

#### Briefkasten der Redaktion

E. M., Rotenfels. Die Mahnahme der Redaktion ist nicht statthaft. Alle Kinder unter 21 Jahren, die nicht selbst ein- und ausreisetzungspflichtig sind, kommen für den Abzug in Betracht. Natürlich auch Kinder unter 1 Jahr, und zwar vom Tage ihrer Geburt an.

Elm. Reichsministerium des Innern.

Schiffleitung: Georg Schöpslin. Verantwortlich für Artikel, Politische Uebersicht und Letzte Nachrichten Hermann Nabel; für Badische Politik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Feuilleton Hermann Winter; für Aus der Stadt, Gewerkschaftliches, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Giese; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

Preis 4 Pfennig. Vereinsanzeiger. Bei 5 u. mehr Seiten mit 1.50 die Zeile.

Veranstaltungszettel finden unter dieser Ueberschrift keine Aufnahme.

Karlsruhe. (Gewerkschaftskorrespondenz.) Donnerstag, 22. Sept., abends 6 Uhr, Vertreterversammlung im Saale des „Roten Kreuzes“, Stefanienstraße 74. Tagesordnung: 1. Mitteilung. 2. Stellungnahme zur Christenkonferenzwahl. Der Vorstand. Karlsruhe. (Deutscher Metallarbeiter-Verband - Wiesener und Metallarbeiter.) Heute Mittwoch, den 21. ds. Mts., abends 7 Uhr, im Lokal zur Gambriushalle sehr wichtige Versammlung. Bericht der Lohnkommission. Die Branchenleitung.

Unsere liebe erste Vorsitzende

## Frau Anna Richter

ist uns nach schwerer Krankheit viel zu früh entrissen worden. Wir alle fühlen das der Reichtum ihres Wissens und ihres Wesens, die Fülle ihres Wirkens, uns unersetzbar ist.

In tiefer Trauer: 6101

Die im Nationalen Frauendienst zusammengeschlossenen Vereine:

Karlsruhe, den 20. September 1921.

**Pfeil-Spar-Glühkörper**  
 Man fordere ausdrücklich  
 „Pfeil-Spar-Glühkörper“ und  
 achte auf die „Pfeil-Schutzmarke“



**25% Gas-Ersparnis**

